

schen Folgen des politischen Projekts Europa zeigt der Autor die Ungleichheit stabilisierenden, ja teilweise sogar verstärkenden Tendenzen der Integration auf. Am Beispiel von Illegalität und Freizügigkeit in der Osterweiterung offenbart sich die zunehmende Spannung zwischen politisch und ökonomisch Gewolltem gegenüber den Einstellungen der Bevölkerung. Auf dieser komplexen Gemengelage von Überzeugungen und Interessen sitzt das Problem der politischen Entscheidungsfähigkeit der Union auf. Diese als „Grenzen des Mehrheitsverfahrens“ diskutierte Aufgabe hat ihre Lösung in der Multiplexität von Interessenlagen und Mitgliedschaften, der Revidierbarkeit von Entscheidungen sowie der Inkongruenz von Interessengruppen und territorialer Fragmentierung. Diese Merkmale sind vermutlich für viele in Zukunft zu treffende Entscheidungen der EU erfüllt. Allerdings gilt dies in Bezug auf die grundlegende Entscheidung über die Einführung neuer Mehrheitsverfahren leider in zunehmendem Maße nicht mehr. In einer Re-Multiplizierung von Fronten in dieser Grundsatzentscheidung besteht jedoch zumindest die Chance, diese möglicherweise fatale Blockade zu überwinden.

Auch Europas äußere Grenzen erzeugen Entscheidungsbedarfe, die die Entscheidungskapazität europäischer Institutionen fast schon überfordern. Dies wird im vierten Kapitel beschrieben. Erste Integrationsfolge ermöglichten einerseits die Expansionen Europas, andererseits führte genau dies auch zu immer größeren Integrationschwierigkeiten. Damit stellt sich die Frage, wann die Expansion Europas zum Ende kommt. Der Beitritt der Türkei ist hier der zu diskutierende Fall. Erfreulich ist, dass der Autor sich dabei nicht von auch in der Soziologie hin und wieder erstaunlich weit verbreiteten kulturalistischen Bedenklichkeiten leiten lässt, sondern das breite Bündel ökonomischer, politischer, sozialer und kultureller Faktoren in der Gesamtschau bewertet. Nach Abwägung aller Argumente kommt Vobruba zum Schluss, dass die europäische Expansion *nach* der Aufnahme der Türkei zum Stillstand kommen wird. Er schreibt auf Seite 92 mit beherzter Klarheit: „Die Prognose lautet: Die Türkei wird in einem Zeithorizont von etwa 12 Jahren Mitglied der Europäischen Union werden.“ Es bleibt Autor und Buch nur zu wünschen, dass sich in 12 Jahren noch jemand daran erinnert, ob der Autor richtig lag oder nicht. Mit einem prognostizierten Ende der europäischen Expansion stellt sich für die Union aber das Problem der dauerhaften Stabilisierung ihrer Peripherie. Als problematisch werden hierbei die notwendigen Spannungen mit den USA gesehen, de-

ren Einfluss auf die EU-Peripherie kompensiert werden muss. Mit diesen in die internationalen Beziehungen verweisenden Überlegungen endet das Kapitel. Der sehr kurze Schluss (1½ Seiten) unterspielt die Reichhaltigkeit der im Buch gemachten Argumente und hätte vielleicht etwas mehr systematisierend-intellektuellen Einsatz des Autors vertragen.

Die Einwände gegen die in diesem Buch gewählte Darstellungsform liegen auf der Hand und werden den Autor wohl kaum überraschen. Die Verweise auf Daten und Fakten sind eher illustratorisch und keine wirkliche Überprüfung der gemachten Annahmen. Die zahlreichen soziologischen Einsichten in den Kapiteln sind nur zum geringeren Teil den Annahmen zu Beginn des Buches geschuldet und hauptsächlich Folge des soziologischen Scharfblicks des Verfassers. Diese Einwände zu entkräften hätte das Buch allerdings umfangreicher und langweiliger gemacht, so dass der kritische Rezensent nicht wirkliche böse auf den Autor sein kann. Das Gegenteil ist der Fall. Es ist die Stärke des Buches, ein wissenschaftlicher Essay zu sein, etwa in der Tradition des im Text zitierten Buches von Albert O. Hirschman „Exit, Voice and Loyalty“. Die Klugheit der Argumente überwiegt den Nachteil einiger methodisch-intellektueller Abkürzungen. Zwei Merkmale zeichnen „Die Dynamik Europas“ aus: Erstens konzentriert sich der Autor auf die von ihm formulierte Perspektive, zweitens wird der Leser nicht mit unnötigem „Textballast“ über die historische Entwicklung Europas behelligt. Lesespaß und Erkenntnisgewinn, den das Buch für viele Leser und Leserinnen auch über die Fachdisziplin der Soziologie hinaus bringen wird, machen seine Nachteile mehr als wett und es darüber hinaus zu einem gelungenen und leistungswerten Buch.

Mathias Bös

\*

Hartmut Kaelble und Günther Schmid (Hg.): Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat. WZB-Jahrbuch 2004. Berlin: edition sigma 2004. 455 Seiten. ISBN 3-89404-004-1. Preis: € 27,90.

Weisen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union so viele Gemeinsamkeiten auf, dass sie ein gemeinsames Sozialmodell repräsentieren? Wie verhalten sich die europäischen Wohlfahrtsstaaten zur europäischen Integration? Entlastet sie die nationalen Wohlfahrtsregime von innerem und äußerem Druck, oder gehen von ihr zusätzliche Liberalisierungsimpulse aus? Besteht ein Trend

zur Konvergenz, und wenn ja, wie stark ist er? Und wie erfolgreich verlaufen die Versuche zur Supranationalisierung marktkorrigierender Institutionen? Ist etwas im Entstehen begriffen, das irgendwann einmal als „europäischer Sozialstaat“ bezeichnet werden könnte? Diesen Fragen widmet sich das im Dezember 2004 erschienene WZB-Jahrbuch, das von dem Sozialhistoriker Hartmut Kaelble (Humboldt-Universität) und Günther Schmid, dem Leiter der Abteilung „Arbeitsmarkt und Beschäftigung“ am Berliner Wissenschaftszentrum, herausgegeben wird. Wie von den WZB-Jahrbüchern nicht anders gewohnt, bieten die vertretenen Soziologen, Historiker, Politikwissenschaftler und Juristen auf höchstem Niveau einen Überblick zum *state of the art* eines interdisziplinären und praxisrelevanten Forschungsfelds.

Die 15 Beiträge des von Jürgen Kocka mit einem Vorwort versehenen Bands untergliedern sich in vier Teile. Abschnitt 1 behandelt historische Aspekte. Hartmut Kaelble verweist auf eine Abmilderung der Divergenzen, die sich seit den 1960er Jahren in der Sozialpolitik der europäischen Länder zeigt. Lutz Raphael diskutiert die Entwicklung der europäischen Wohlfahrtsstaaten in der „goldenen Phase“ von 1948 bis 1973 und bezieht dabei auch die Länder jenseits des eisernen Vorhangs mit ein. Bernd Schulte bietet einen Überblick zur Geschichte sozialpolitischer Initiativen der Europäischen Union bis hin zur Offenen Methode der Koordinierung (OMC). Abschnitt 2 vergleicht europäische Wohlfahrtsstaaten in historischer Perspektive mit den Sozialmodellen von Ländern außerhalb der Europäischen Union und fragt nach wechselseitigen Beeinflussungsmustern. Dabei geht es um Vergleiche mit den Sozialstaaten Ostmitteleuropas (Béla Tomka), Lateinamerikas (Ilán Bizberg), Japans (Yoko Tanaka) und Australiens (John Buchanan). Markus Gangl vergleicht Einkommensunterschiede und deren Persistenz in elf EU-Ländern mit entsprechenden Daten zum US-amerikanischen Arbeitsmarkt. Abschnitt 3 handelt von den transnationalen Aspekten der Sozialpolitik europäischer Länder anhand der Beispiele Gesundheitspolitik (Thomas Gerlinger und Hans-Jürgen Urban), Rentenpolitik und Altenbetreuung (Kristine Kern und Hildegard Theobald) sowie Beschäftigungspolitik (Günther Schmid und Silke Kull). Der letzte Abschnitt umfasst drei Beiträge, die sich mit der Integrierbarkeit unterschiedlicher normativer, institutioneller und rechtlicher Traditionen auf Ebene der Mitgliedstaaten beschäftigen. Chiara Saraceno untersucht den Stellenwert der Familie, Alain Supiot den Arbeitsvertrag. Zudem analysiert Günther Schmid Strategien der Absi-

cherung von Einkommens- und Beschäftigungsrisiken und spricht sich für die verstärkte Förderung institutioneller Brücken zwischen den Arbeitsmarktsegmenten aus.

Wie ist es um die Zukunft des europäischen Sozialmodells in Kenntnis all dessen bestellt? In der Einleitung der Herausgeber überwiegt die Zuversicht. Systematisch über eine minimale Grundversorgung hinausgehende Sozialstaaten finden sich vor allem auf dem europäischen Kontinent, und Sozialpolitik gerät zunehmend auf die Agenda der Europäischen Union. Die Lektüre der durchweg gelungenen Beiträge festigt gleichwohl die gesunde Skepsis des Lesers, ob ein europäisches Sozialmodell *überhaupt* existiert. So zeigt Tomka, dass die ostmitteleuropäischen Wohlfahrtsstaaten (vor allem Ungarn) in keine der von Esping-Andersen unterschiedenen Kategorien passen und zudem untereinander immense Unterschiede aufweisen (129). Die Zahl der Wohlfahrtsmodelle, die sich unter den Mitgliedsländern der Europäischen Union finden, erhöht sich damit auf fünf: das osteuropäische, das liberale, das sozialdemokratische sowie die zwei Ausprägungen des konservativen, nämlich das mittel- und das südeuropäische. Von Bizberg, Tanaka und Buchanan lernen wir, dass durchaus auch Länder außerhalb Europas in verschiedenen Phasen ihrer Geschichte von wohlfahrtsstaatlichen Ideen im kontinentaleuropäischen Sinne beeinflusst waren, so Japan und einige Länder Lateinamerikas in den ersten Nachkriegsjahrzehnten, während sich Großbritannien an der Sozialpolitik Australiens und Neuseelands mehr orientierte als an den Ländern des Kontinents. Gangl führt vor, dass Großbritannien, Irland, Spanien, Griechenland und Portugal hinsichtlich der Ungleichheit der Einkommen amerikanischen Verhältnissen näher sind als deutschen (246–248).

Und die neuen Steuerungsinstrumente, allen voran die Offene Methode der Koordinierung (OMC)? Drei Jahrzehnte Steuerungsdebatte haben der Politikwissenschaft den Optimismus gegenüber staatlicher Steuerungsfähigkeit und gesellschaftlicher Steuerbarkeit unter den Bedingungen begrenzter Rationalität der Steuernden, Ausdifferenzierung nach innen und Internationalisierung nach außen gehörig ausgetrieben. Vor diesem Hintergrund verwundert mitunter der Optimismus, den die Europaforschung der OMC entgegenbringt. Europa soll bis 2010 „zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt“ werden, sozialpolitisch modernisiert und mit einer Beschäftigungsquote von über 70 Prozent. Der effektiven Deregulierungspolitik der Kommission steht im beschäftigungs- und sozialpolitischen Bereich die

„neue Unverbindlichkeit“ (Armin Schäfer) der OMC gegenüber. Ein Akt europäischer politischer Steuerung?

Mangelnde Skepsis gegenüber der Durchschlagskraft europäischer Sozialpolitik ist den Autoren des Bands nicht vorzuwerfen. Gerlinger und Urban erwarten von der OMC „die Rücknahme sozialer Sicherungsleistungen und die Stärkung von ‚Eigenverantwortung‘ als de(m) Königsweg zum Erfolg im internationalen Standortwettbewerb“ (282). Schmid und Kull arbeiten sich an den Defiziten der OMC ab und stellen heraus: „Ohne ein engagiertes Mitspielen der Makroakteure hat das Modell der Europäischen Beschäftigungsstrategie seinen Namen noch nicht verdient, und die Offene Methode der Koordinierung in den einzelnen Politikbereichen wird ihre Wirksamkeit nur dann entfalten können, wenn auch die horizontale Koordinierung der interdependenten Politikbereiche gelingt“ (340). Supiot sieht durch Koordinierung kein europäisches Arbeitsrecht im Entstehen begriffen, sondern erwartet ein „Fortbestehen der nationalen Sozialmodelle, die in Geschichte und Kultur der einzelnen Länder verankert sind und durchaus nicht mit dem gemeinschaftlichen Recht verschmelzen, sondern eher ihre Schatten darauf werfen“ (444). Und Saraceno sieht in familienpolitischer Hinsicht nur einen Konvergenztrend: den, dass sich mittlerweile alle europäischen Länder (außer dem Nichtmitglied Albanien) vor das Problem gestellt sehen, die Reproduktion ihrer Bevölkerungen nicht mehr gewährleisten zu können (350–355).

Das neue WZB-Jahrbuch ist die derzeit beste Vorlage zur kontroversen Diskussion dieser Sachverhalte. Wie auch die Bände der vergangenen Jahre erweist es sich sowohl für theoriebezogene Fragestellungen als auch für den problemgetriebenen Zugang geeignet und ist in weiten Zügen auch in der universitären Lehre einsetzbar. Für Aufbau und Stringenz des Bands sowie die ausführliche Einleitung sind die Herausgeber besonders zu loben. Einem jeden, der über die Zukunft wohlfahrtsstaatlicher Politik in einem sich zunehmend integrierenden Wirtschaftsraum nachdenkt, sei das WZB-Jahrbuch 2004 ohne Einschränkung empfohlen. Ein Fragezeichen hätte dem Titel trotzdem gut angestanden. Dem Untertitel sowieso.

Martin Höpner

\*

Richard Breen (Hg.): *Social Mobility in Europe*. Oxford: Oxford University Press 2005. 445 Seiten. ISBN 0-19-925845-7. Preis: £ 65,-.

Seit dem Erscheinen im Jahr 1992 gilt *The Constant Flux* von Robert Erikson und John Goldthorpe (nachfolgend: E&G) als die „Bibel“ der Mobilitätsforschung. Mehr als zehn Jahre später liegt mit dem von Richard Breen herausgegebenen Sammelband nun ein neuer Meilenstein der komparativen Untersuchung sozialer Mobilität vor – jedoch ohne den gleichen „biblischen“ Charakter. Dies deswegen, weil alle Beiträge des Buches bewusst im Rahmen des von E&G gesetzten Forschungsparadigmas verbleiben und zum Ziel haben, die Entwicklung sozialer Mobilität in Europa für den Zeitraum von 1970 bis 2000 fortzuschreiben.

Methodisch fußt das E&G-Paradigma auf zwei Säulen: zum einen auf dem Goldthorpe-Klassenschema, das die Erwerbsbevölkerung berufsbedingt in meist sieben soziale Klassen einteilt; zum anderen auf einer Reihe log-linearer Modelle, mit denen die Mobilität zwischen Herkunfts- und Zielposition historisch und international vergleichend untersucht wird. Dies sind das *Constant Social Fluidity*-Modell, das ein zeitlich unverändertes Mobilitätsmuster und -ausmaß in einem Land unterstellt; das *Uniform Difference*-Modell, das eine Variation des Ausmaßes im Zeitvergleich zulässt; und das *Core*-Modell, in dem über Designmatrizen ein Mobilitätsmuster modelliert wird, demzufolge die Übergänge zwischen den einzelnen Herkunfts- und Zielklassen durch Hierarchie-, Vererbungs-, Sektor- und Affinitätseffekte unterschiedlichen Wahrscheinlichkeiten unterliegen. Dieses Muster betrachten E&G als „Kern“ eines internationalen Mobilitätsregimes, das besonders gut auf England und Frankreich zutrefte, das aber in anderen westlichen Nationen durch leichte Modifikationen der Matrizen modelliert werden müsse. Substanziell kommen E&G zum Ergebnis zeitlich stabiler und international ähnlicher, relativer Mobilitätsraten und -muster – im Einklang mit der in den 1970ern formulierten These von Featherman, Jones und Hauser (FJH), aber entgegen der Modernisierungstheorie, die eine zunehmende soziale Durchlässigkeit der Klassenstruktur prognostiziert.

Diese Diagnose mit neueren Daten komparativ zu prüfen, ist Ziel des Bandes, der von Richard Breen in vorbildlicher Weise organisiert wurde. Hauptbestandteil sind elf Länderkapitel, die von ein bis zwei Spezialisten der Mobilitätsforschung aus den jeweiligen Ländern verfasst wurden. Enthalten sind Analysen über Deutsch-